



Katastrophale Bilanz

NANOELEKTRONIKZENTRUM

- x 14 Mio. weg
- x 8 Jahre Bauzeit für 4 Häuser
- x 1 Haus fertig, 1 Haus teilw., 2 Häuser unsaniert
- x 4 Geschäftsführer
- x 7 Mio. Schulden
- x 1 überforderter Bürgermeister

Die Entwicklung der NanoelektronikZentrum GmbH dokumentiert die wirtschaftspolitische Inkompetenz des für das städtische Unternehmen zuständigen Wirtschaftsbürgermeisters Dirk Hilbert. 2007 schlägt Hilbert die Gründung der GmbH vor - Ziel: Entwicklung eines Technologiezentrums. 2009 - das Unternehmen kommt nicht richtig in Gang. Die Stadt schießt 1,5 Millionen Euro zu und übernimmt die Bürgschaft für einen Kredit über 6,5 Millionen Euro. 2012 feiert Hilbert

die Eröffnung des NanoelektronikZentrums mit einer großen Show - Models tanzen in den Farben des NanoCenters (Foto). 2014 bittet Hilbert den Stadtrat um 1 Million Euro, um das NanoCenter vor der Pleite zu retten. 2015 bittet Hilbert den Stadtrat um 330.000 Euro, um das NanoCenter vor der Pleite zu retten. 2015: Hilbert kündigt für den Herbst weitere Millionenforderungen an. Für André Schollbach sind die Vorgänge "kein Grund für eine Beförderung Hilberts, sondern für Konsequenzen."

Grüne Oasen, gelbe Fehlleistungen

Mit dem Hochwasser 2013 war für die Stadtverwaltung klar: Hunderte Kleingärten müssen geräumt, abgewickelt und / oder verlegt werden. Für viele Kleingärtnerinnen und Kleingärtner ein herber Schlag. Dass die FDP die Situation der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner auf die Stadtratstagesordnung setzt ist im Angesicht von 53.000 Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern, ist wohl vor allem dem OB-Wahlkampf geschuldet. Ein gefährliches Manöver, schließlich ist OB-Kandidat Hilbert für die Kleingärten zuständig. Der behauptet, Umsiedlungen und Abwicklungen würden freiwillig und im Konsens mit den Kleingärten geschehen. Stadtrat Andreas Naumann, Mitglied im Kleingartenbeirat, weiß: "Kleingärten waren vor zehn Jahren fester Bestandteil der Stadt. Momentan allerdings haben sie viele Probleme. Der Hauptgrund dafür ist die aktuelle Wirtschaftspolitik.



Etwa 600 Kleingartenparzellen stehen auf dem Spiel. Auf Antrag der FDP/FB-Fraktion gab es im Stadtrat heute eine Aktuelle Stunde über die „Zukunft der Kleingärten in der Landeshauptstadt“. Die Probleme sind groß.

In der Johannstadt sollen Kleingärten einer Hochgarage weichen, in Kaditz sollte eine Straße durch die Kleingartenanlage gelegt werden, was durch den Protest der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner verhindert werden konnte, der Wissenschaftsstandort Ost stellt die Zukunft der dortigen Kleingärten in Frage. Wir fragen: Wer kommt zuerst? Die Kleingärten oder die Investoren? Für Dirk Hilbert sind die Letzteren die Ersten und die Kleingartenfrage so nebensächlich, dass es seit 2004 keine Fortschreibung des städtischen Kleingartenkonzepts gab. Aktuelle Stunden sind schön und gut. Kleingärten allerdings brauchen ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik - und einen neuen Wirtschaftsbürgermeister."



Die medizinische Versorgung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber verbessern - das ist das Ziel eines rot-grün-roten Antrags, der heute durch die Mehrheit des Stadtrates beschlossen wurde. Kernpunkt: Die Einführung einer Krankenversicherungskarte, die Verwaltungsaufwand senkt und das Leben der Asylbewerberinnen und Asylbewerber erleichtern würde. Für Hans-Jürgen Muskulus ist es "ein Drama, geradezu beschämend, dass in Deutschland überhaupt über das Thema diskutiert werden muss. Das eigentliche Problem allerdings ist ein völlig anderes: Die Menschenwürde wird migrationspolitisch Tag für Tag relativiert." Der Antrag wurde angenommen.



Integrationskonzept

Die CDU-Stadträtin Daniela Walter hat ein klares Bild von den Gründen, die Menschen die Übersiedlung nach Deutschland antreiben lassen: "Krieg, Kunst und Wissenschaft." Unklar erscheinen ihr allerdings, "wer wann warum wohin integriert" werden solle. "Das wollen die deutschen Bürger beantwortet haben." Deshalb legte die CDU heute einen Änderungsantrag zum zur Beschlussfassung vorliegenden Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vor. Wichtig für die CDU: die Unterscheidung zwischen Asylbewerbern - abgelehnt oder anerkannt, mit Abschiebungshindernissen oder ohne. Und: Der Forderung nach einem uneingeschränkten Zugang zum deutschen Gesundheitssystem auch für Asylbewerber will die CDU nicht ohne weiteres zustimmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Mehr noch: siehe oben.